



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen der Gemeinde Nottuln am 26.06.2013.

Sitzungsort: in der von Aschebergschen Kurie, Stiftsstraße 4, 48301 Nottuln  
Beginn: 19:00 Uhr  
Ende: 21:50 Uhr

## Anwesenheitsliste

### Vorsitzender

Wolf-Herbert Haase SPD

### Ratsmitglieder

Renate Brülle-Buchenau	SPD	
Walburga Frie	CDU	
Dr. Martin Geuking	FDP	
Gerd Grzeschik	UBG	
Thomas Höcker	CDU	
Alfred Hübner	UBG	
Christof Peter-Dosch	Bündnis 90/Die Grünen	
Roswitha Roeing-Franke	CDU	
Heinrich Rütering	CDU	für Herrn Niederschmidt
Friedhelm Timpert	CDU	für Herrn H. Rulle
Benedikt Wessling	CDU	

### Sachkundige Bürger

Valerie Fender	SPD
Josef Flögel	Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Hülsken

CDU

**Behindertenbeauftragter**

Eberhard Wenzel

**Stellvertr. sachk. Bürger**

Herbert van Stein

für Herrn Imholt

**Von der Verwaltung**

Karsten Fuchte

Bernd Pieper

Bürgermeister

**Schriftführung**

Maria Odenthal

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

### **A. Öffentliche Sitzung**

<b>1</b>	<b>Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit</b>
----------	--

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Wolf Haase, stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

<b>2</b>	<b>Bestimmung eines Mitgliedes, das die Sitzungsniederschrift mit unterschreibt</b>
----------	---

Zur Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschrift wird Ratsherr Peter-Dosch bestimmt.

<b>3</b>	<b>Anträge und Eingänge</b>
----------	-----------------------------

1. Es wird beantragt, die Tagesordnungspunkte 4.4 und 4.5 in der Reihenfolge zu tauschen.

2. Es wird beantragt, Tagesordnungspunkt 4.1 und 4.2 von der Tagesordnung zu nehmen, da zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise weitere für die Beschlussfassung relevante Informationen zur Verfügung gestellt werden können. Die zugehörigen Vorlagen 089/2013 und 100/2013 sind dem Originalprotokoll als Anlage 1 und 2 beigefügt.

**1. Beschluss:**

Tagesordnungspunkt 4.5 wird vor Tagesordnungspunkt 4.4 vorgezogen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig angenommen**

Ja: 16	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

**2. Beschluss:**

Tagesordnungspunkt 4.1 und 4.2 werden vertagt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig angenommen**

Ja: 16	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

## 4 Planungsangelegenheiten

### 4.1 Antrag gem. § 24 GO NRW zur einer Spielplatzfläche im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 78 "Appelhülsen Nord" Vorlage: 090/2013

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (090/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 3 beigelegt.

Der Antragsteller erläutert den Antrag. Herr Fuchte stellt die Sichtweise der Verwaltung dar. Anwesende Bürger geben eine Gegendarstellung zu der beschriebenen Lärmschutzproblematik. Es folgt eine kontroverse Diskussion.

Als Alternative wird vorgeschlagen, auf der Wiese nördlich des Ahornwegs Tore aufzustellen, damit die Kinder dort Fußball spielen können. Diese Idee wird wieder verworfen, da an einen offiziellen Bolzplatz andere Lärmschutzanforderungen gestellt werden als an einen Spielplatz. Durch das Aufstellen von Fußballtoren würde der Konflikt vom Spielplatz auf die Wiese verlagert.

Mehrere Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, die Erstellung des Spielplatzkonzepts abzuwarten, bevor eine Entscheidung über den Erhalt des Spielplatzes gefällt wird. Die Antragstellerin korrigiert ihren Antrag dahingehend, dass sie nicht die Schließung des Spielplatzes wünscht, sondern lediglich eine Unterbindung des Fußballspielens.

Es wird mehrfach vorgeschlagen, zur Lösung der akuten Problemlage eine Mediation zwischen den Antragstellern, den betroffenen Kindern und deren Eltern herbeizuführen. Ratsherr Hübner bietet seine Hilfe als Schiedsperson an.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Antrag wird abgelehnt. Die Antragsteller werden über die rechtliche Einschätzung der Verwaltung informiert und auf die Erarbeitung des Spielplatzkonzeptes hingewiesen.

**Abstimmungsergebnis:**  
**einstimmig angenommen**

Ja: 16	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

### 4.2 Spielregeln für Nachverdichtung in Nottuln Vorlage: 087/2013

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (087/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 4 beigelegt.

Frau Odenthal erläutert Anlass und Zielstellung der „Spielregeln für die Nachverdichtung“. Die „Spielregeln“ werden allgemein begrüßt, jedoch wird um eine andere Formulierung des Titels gebeten. Die Entscheidung fällt zu Gunsten von „Zielvorstellungen für die Nachverdichtung“. Der Beschluss wird diesbezüglich geändert.

Seitens der FDP- und UBG-Fraktion wird die Zielvorstellung Nr. 1 kritisch gesehen. Es wird vorgeschlagen, die Zielvorstellung zu streichen. Hier wird eine Vorwegnahme der politischen Abwägung befürchtet, die die Betrachtung von Einzelinteressen kategorisch ausschließt. Zudem werde durch eine solche Beschlussfassung ein starker Eingriff in die Eigentumsrechte vorgenommen, der keiner gerichtlichen Überprüfung standhalte.

Frau Odenthal und Herr Fuchte erläutern, dass niemand gezwungen werden soll, sich an der Nachverdichtung zu beteiligen, wenn er es nicht möchte; insbesondere nicht finanziell oder mit der Abgabe von Grundstücksteilen für eine Erschließung. In vielen Fällen ist es jedoch möglich, das Grundstück des/der Nachverdichtungsgegner von den Entwicklungen freizuhalten und den umliegenden Nachbarn eine Entwicklung zu ermöglichen. In diesen Fällen soll eine Minderheit nicht die gesamte Nachverdichtung verhindern können.

Die Grünen-Fraktion und die CDU-Fraktion sehen bei diesem Vorgehen das demokratische Mehrheitsprinzip gewahrt. Tatsächlich werden bei jedem Nachverdichtungsgebiet im Einzelfall die Belange der Betroffenen betrachtet. Wenn keine Bereitschaft bestehe, auch gegen die Interessen einzelner zu handeln, habe es keinen Sinn mehr, das Nachverdichtungsprojekt weiter zu verfolgen.

Ratsherr Dr. Geuking erkundigt sich, wieso gerade die Mindestgröße von 350 m<sup>2</sup> festgelegt worden sei. Frau Odenthal erläutert, dass dies der Nachfrage in Nottuln für freistehende Einfamilienhäuser entspreche, die an die Verwaltung herangetragen werde. Es sei auch möglich, größere Grundstücke zu schaffen oder kleinere für Reihenhäuser. Mindestens sollen vier Baugrundstücke möglich sein oder eine Fläche mit einer entsprechenden Mindestgesamtgröße betrachtet werden.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die „Zielvorstellungen für Nachverdichtung in Nottuln“ werden als Grundlage zur künftigen Beschlussfassung beschlossen.
2. Die bisher gestarteten vier Nachverdichtungsprojekte werden weitergeführt. Die Verwaltung stößt keine weiteren Projekte an. Eigentümer, die sich für eine Nachverdichtung ihrer Grundstücke nach den „Zielvorstellungen für Nachverdichtung in Nottuln“ interessieren, sind aufgefordert, einen Antrag an die Verwaltung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**  
**einstimmig angenommen**

Ja: 15	Nein: 0	Enthaltung: 1
--------	---------	---------------

<b>4.3      Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 68 "Stiftsgärten" hinsichtlich der überbaubaren Grundstücksfläche</b> <b>Vorlage: 102/2013</b>
---

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (102/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 5 beigelegt.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Roeing-Franke erläutert der beauftragte Architekt sein Konzept. Es sollen vier Häuser mit je 4-5 Wohneinheiten entstehen. Die Häuser stehen im Entwurf mit sechs Metern Abstand zur Schapdettener Straße.

Herr von Stein fordert die Anwendung der Zielvorstellungen für die Nachverdichtung, die er hier

nicht erfüllt sieht. Ratsherr Hübner bittet um genauer ausgeführte Planzeichnungen.

Herr Fuchte erklärt, dass hier keine Nachverdichtung nach den gerade beschlossenen Zielvorstellungen vorliegt, da bereits heute vergleichbares Baurecht auf den Grundstück besteht.

Anwesende Nachbarn äußern sich negativ zur Stellung der Gebäude auf dem Grundstück, da sie einen Eingriff in ihre Privatsphäre befürchten. Der Architekt sowie Herr Fuchte erklären, dass bereits nach heutigem Baurecht ein zweigeschossiges Gebäude möglich ist, das parallel zur Grundstücksgrenze verläuft. Durch die Planänderung würden nur noch die Giebelseiten der Häuser zur Grundstücksgrenze gerichtet.

Aus Sicht der Verwaltung sei es wünschenswert, die Häuser näher an die Straße heran zu rücken, um den Kreisverkehr baulich zu fassen. Darüber könne aber noch im weiteren Verfahren mit dem Investor gesprochen werden. Insgesamt wird die Neugestaltung der städtebaulichen Situation am Kreisverkehr seitens der Verwaltung begrüßt.

### **Beschlussvorschlag:**

Ein Verfahren zur Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 68 „Stiftsgärten“ für den in Anlage 3 abgegrenzten Bereich im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB und mit der Zielstellung, eine auf die heutige verkehrliche und städtebauliche Situation angepasste Bebaubarkeit zu ermöglichen, wird eingeleitet (Aufstellungsbeschluss).

### **Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig angenommen**

Ja: 14	Nein: 0	Enthaltung: 2
--------	---------	---------------

#### **4.4 Handlungskonzept Ortskern Nottuln Vorlage: 098/2013**

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (098/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 6 beigelegt.

Herr Schneider erläutert die Vorlage und bittet um eine realistische Einschätzung der gemeindlichen Handlungsmöglichkeiten.

Es wird diskutiert, welche Abgrenzung für den Ortskern gewählt werden soll. Der weiter reichende Abgrenzungsvorschlag, der den historischen Ortskern und einen funktionalen Bereich mit einbezieht, wird favorisiert. Es wird überlegt, ob die Angrenzung noch weiter gefasst werden soll. Die Debatte soll im Rahmen der Konzepterstellung fortgeführt werden.

Ratsfrau Brülle-Buchenau spricht sich dafür aus, dass für das Konzept keine externen Gutachter eingekauft werden sollten, da die Gemeinde selbst über am meisten Expertenwissen über ihren Ortskern verfüge. Ratsherr Peter-Dosch schlägt vor, zumindest die Moderation des Prozesses extern zu vergeben. Dafür müssten ggf. mehr Mittel in den Haushalt eingestellt werden. Ratsfrau Roeing-Franke spricht sich gegen eine externe Vergabe des Gutachtens aus. Stattdessen solle erneut ein Betritt zum Netzwerk Innenstadt geprüft werden. Sie regt auch an, in den Niederlanden nach Ideen für kleinere Geschäfte zu suchen. Bei der Konzepterstellung sollten nicht nur die Wünsche der Beteiligten berücksichtigt werden, sondern auch die Absicht der Beteiligten, die geforderten Angebote auch tatsächlich zu nutzen. Bürgermeister Schneider plädiert für die Bearbeitung durch die Verwaltung unter Zuhilfenahme externer Fachgutachter. Ratsherr Rütering gibt zu bedenken, dass die Mitarbeiter der Verwaltung durch die Konzepterstellung zu stark gebunden

werden könnten. Er schlägt die Kooperation mit einer Fachhochschule vor. Seitens der Verwaltung wird dies nicht befürwortet, da solche Forschungsprojekte nicht kurzfristig zu organisieren sind und die Ergebnisse in der Regel nur teilweise verwertbar sind.

### **Beschlussvorschlag:**

a) Die Verwaltung wird mit der Erstellung eines integrierten Handlungskonzepts für den Ortskern Nottuln beauftragt. In Einzelfällen kann der Sachverstand externer Berater eingekauft werden.

**Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig angenommen**

Ja: 16	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

Die Beschlussfassung über Beschluss b) entfällt.

<b>4.5      Stadregionale Zusammenarbeit in der Stadtregion Münster: Rückblick, Sachstand und Perspektiven Vorlage: 093/2013</b>
--

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (093/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 7 beigelegt.

Die Beschlussfassung erfolgt nach kurzer Aussprache.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Bericht über die Entwicklung der stadtreionalen Zusammenarbeit, den aktuellen Sachstand und die Perspektiven der stadtreionalen Zusammenarbeit wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Rat bekräftigt die Notwendigkeit der Zusammenarbeit in der Stadtregion Münster und befürwortet deren Fortführung.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass in der Bürgermeisterrunde der Stadtregion Münster am 22.01.2013 ein Verbleib der Geschäftsführung für den Ansprechpartnerkreis bei der Stadt Münster über 2014 hinaus unter der Voraussetzung einer anteiligen Finanzierung vorgeschlagen wurde.
4. Der Rat beschließt, dass die Geschäftsführung für den Ansprechpartnerkreis vorbehaltlich einer anteiligen Finanzierung durch die mitwirkenden Gemeinden ab 2015 weiterhin von der Stadt Münster übernommen wird.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass über die Umsetzung konkreter Maßnahmen aus den einzelnen Handlungsfeldern gesondert entschieden wird.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig angenommen**

Ja: 16	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

**4.6 Änderung des Bebauungsplanes Nr. 005 "Westlich der Dülmener Straße"  
Vorlage: 094/2013**

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (094/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 8 beigefügt.

Der Beschluss erfolgt ohne Aussprache.

**Beschlussvorschlag:**

Die in Anlage 1 gegebenen Abwägungsempfehlungen werden beschlossen.

Die vorliegende Änderung des Bebauungsplanes Nr. 005 „Westlich der Dülmener Straße“ (siehe Anlage 2) im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch wird gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen. Die zugehörige Begründung (siehe Anlage 3) wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig angenommen**

Ja: 16	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

**4.7 Antrag auf vereinfachte Änderung/Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes "Schapdetten Süd-Ost"  
Vorlage: 091/2013**

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (091/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 9 beigefügt.

Ein Nachbar, dessen Grundstück im erweiterten Änderungsbereich liegt, spricht sich positiv für Beschlussvorschlag a) aus, da er von den neuen Baugrenzen profitieren würde. Der Antragsteller selbst würde die Abgrenzung, die nur sein Grundstück selbst umfasst, begrüßen. Er befürchtet, dass sich das Verfahren durch ein größeres Plangebiet in die Länge ziehen könnte. Frau Odenthal erläutert, dass die Nachbarn im Änderungsbereich westlich des Westkamps zu Beginn des Jahres durchweg mit einer Verschiebung der straßenseitigen Baugrenze einverstanden erklärt haben. Problematisch sei bei dem betreffenden Verfahren nur die Verschiebung der gartenseitigen Baugrenze gewesen, die durch das jetzige Verfahren nicht angetastet werden soll.

**Beschlussvorschlag:**

Beschlussvorschlag a): Das Verfahren nach § 13a BauGB zur Änderung des Bebauungsplanes wird für den großen Änderungsbereich gemäß Anlage 3 und der Zielsetzung zur Verschiebung der Baugrenzen von Beschlussvorschlag a) aus Anlage 4 eingeleitet.

**Abstimmungsergebnis:  
Mehrheitlich angenommen**

Ja: 12	Nein: 3	Enthaltung: 1
--------	---------	---------------

Der Beschluss über Beschlussvorschlag b) entfällt.

**4.8 Satzungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 120 "Alte Mühle" Vorlage: 084/2013**

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (084/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 10 beigelegt.

Der Beschluss erfolgt ohne Aussprache.

**Beschlussvorschlag:**

Die vorliegende 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 120 „Alte Mühle“ (siehe Anlage 1) im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch wird gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen. Die zugehörige Begründung (siehe Anlage 3) wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig angenommen**

Ja: 15	Nein: 0	Enthaltung: 1
--------	---------	---------------

**5 Verkehrsangelegenheiten**

**5.1 Barrierefreier Ortskern; hier: Umbau des Knotens Kirchplatz / Twiaelf-Lampen-Hok / Hagenstraße als Pilotprojekt  
Vorlage: 107/2013**

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (107/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 11 beigelegt.

Am Eingang des Ratssaals liegen vier Musterplatten mit Belägen für den Fußweg aus. Herr Pieper stellt die gewählten Materialvorschläge vor. Fachlich seien alle vier Materialvorschläge gleichermaßen geeignet. Schäden an vorhandenem Klinkerpflaster im Ort beruhen vor allem auf einem schlechten Unterbodenaufbau und lägen nicht am Stein selbst.

Ratsherr Hübner und Frau Roieng-Franke sprechen sich für größere Pflastersteine/Platten aus. Ratsherr Hübner zieht Naturstein dem Klinkerstein vor. Ein Bürger schlägt vor, das vorhandene Pflaster abzufräsen, statt Neues zu verlegen. Er spricht sich gegen große Platten aus, da hier schneller Stolperkanten entstehen könnten, als bei kleinem Pflaster.

Frau Odenthal erklärt, dass Fördermittel nur im Rahmen eines städtebaulichen Gesamtkonzepts gewährt werden. Einzelmaßnahmen sind nicht förderfähig. Fördergelder können daher frühestens nach Erstellung des integrierten Entwicklungskonzepts für den Ortskern beantragt werden. Es wird auf den immer verbleibenden Eigenanteil und die Unsicherheit, ob auf Grund des Antrags Fördergelder gewährt werden, hingewiesen.

Ratsherr Dr. Geuking bittet Herrn Wenzel um eine Einschätzung zur Eignung des Pflasters. Herr Wenzel spricht sich für die Verwendung von Naturstein aus. Er weist mit Nachdruck darauf hin, dass bei dem vorliegenden Entwurf im Kreuzungsbereich ein Blindenleitsystem fehlt. Es wird ge-

fordert, dass der Hersteller für das Pflaster eine besondere Eignung für die Nutzung durch mobilitätseingeschränkte Personen nachweist.

Herr Fuchte erläutert, dass die vorgelegte Auswahl den Vorschlägen des Gutachtens entspreche. Die Ausschussmitglieder wünschen sich mehr Auswahlmöglichkeiten. Die Verwaltung wird für die Sitzung nach den Sommerferien eine breitere Palette an Farb- und Modellvarianten von Pflastersteinen zur Bemusterung vorlegen. Der Beschluss wird auf den neuen Bemusterungstermin vertagt.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Bauausführung der Sanierungsarbeiten im Bereich des Kirchplatzes erfolgt entsprechend der in Anlage 1 gezeigten Planung. Für den sogenannten „Komfort-Weg“ wird folgendes Material verwendet: Pflastermaterial laut Bemusterung: \_\_\_\_\_.

Die Umsetzung erfolgt als Pilotprojekt. Nach Umsetzung erfolgt im Rahmen einer Sitzung des Gemeindeentwicklungsausschusses eine Ortsbegehung.

### **Abstimmungsergebnis:**

**vertagt**

**5.2 Antrag der SPD-Fraktion: Prüfung der Verkehrssituation in der Verlängerung der Olympiastraße  
Vorlage: 103/2013**

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (103/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 12 beigelegt.

Es wird kontrovers diskutiert, ob der Weg abgepollert werden soll, oder nicht. Frau Fender und Ratsfrau Frie sprechen sich für eine Schließung der Durchfahrt aus. Die restliche CDU-Fraktion plädiert dafür, den Weg offen zu lassen, da er zu Entlastung des südlichen Ortsbereichs führt. Ratsherr Hübner spricht sich für eine Erweiterung der Straße im Sinne einer Netzschlusslösung aus. Herr Flögel möchte den Verkehr auf anderen Straßen bündeln. Er sieht durch den Einbau von Pollern eine Gefährdung für Radfahrer. Bürgermeister Schneider weist darauf hin, dass der Weg zurzeit nur für den landwirtschaftlichen Verkehr und nicht für alle anderen Kfz freigegeben ist. Dennoch werde der Weg als Schleichweg genutzt, wodurch es zu Gefahrensituationen komme.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Wirtschaftsweg in der Verlängerung der Olympiastraße Richtung Dillweg wird zeitnah nach Fertigstellung des Gewässerbetriebsweges nördlich des Regenrückhaltebeckens westlich der Dülmener Straße mittels Poller abgebunden.

### **Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

Ja: 6	Nein: 9	Enthaltung: 1
-------	---------	---------------

**5.3 Antrag der SPD-Fraktion: Prüfung der Verkehrssituation am Zippenberg  
Vorlage: 104/2013**

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (104/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 13 beigefügt.

Frau Fender erläutert den Antrag. Der Prüfbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Wirtschaftsweg bleibt weiterhin für den landwirtschaftlichen Verkehr und für den Wohnanlieger uneingeschränkt befahrbar.

**Abstimmungsergebnis:  
zur Kenntnis genommen**

**5.4 Antrag der SPD-Fraktion: Prüfung der Verkehrssituation am Beisenbusch  
Vorlage: 105/2013**

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (105/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 14 beigefügt.

Ratsfrau Brülle-Buchenau erläutert den Antrag. Herr Pieper legt dar, dass das Straßenverkehrsamt sich gegen Aufmerksamkeitsfelder außerhalb geschlossener Ortschaften ausgesprochen hat. Der Vorschlag des Straßenverkehrsamtes, stattdessen beidseitig Beschilderung aufzustellen, findet Zuspruch. Die Verwaltung wird beauftragt, die Schilder beim Straßenverkehrsamt zu beantragen.

**Beschlussvorschlag:**

Das Angebot des Straßenverkehrsamtes wird angenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die angebotenen zusätzlichen Schilder aufstellen zu lassen.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig angenommen**

Ja: 16	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

**6 Umweltangelegenheiten**

**7 Ordnungsangelegenheiten**

**8            Verschiedenes**

Überschwemmungen nach Starkregen am 27.06.2013 in Darup: Ratsherr Wessling erkundigt sich, ob das neue Rückhaltebecken nicht richtig funktioniert habe. Bürgermeister Schneider erklärt, dass es sich um ein außergewöhnlich langes und besonderes Unwetter gehandelt habe. Das Rückhaltebecken habe einwandfrei funktioniert. Um die aufgetreten Probleme zu beheben, sollen die betroffenen Anwohner beraten werden.

Ratsherr Rütering erkundigt sich nach dem Sachstand des Hochwasserschutzkonzepts für Schapdetten. Herr Fuchte antwortet, dass kürzlich Gespräche mit dem beauftragten Ingenieurbüro stattgefunden haben und das Verfahren im Herbst fortgeführt wird.

---

Wolf-Herbert Haase  
Vorsitzender

---

Christof Peter-Dosch  
Ausschussmitglied

---

Maria Odenthal  
Schriftführerin